

M. S.

I
01
Herrn Nemitz

**Antrag Drucksache Nr.: 00075/2019 der Stadtvertreterin Jana Wolff (ASK)
Betreff: Kinder und Jugendrat – Rederecht wiederherstellen**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt, dass der Oberbürgermeister und der Stadtpräsident aufgefordert werden, sich an die Rechtsaufsicht und Landesregierung zu wenden, um eine Anpassung der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern dahingehend zu erwirken, dass es Vereinen, Verbänden, Beiräten und Initiativen, wie zum Beispiel dem Schweriner Kinder- und Jugendrat ermöglicht, nach Beschluss der Gemeindevertretung ein Antrags- und Rederecht auszuüben.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Eigener Wirkungskreis

Der Antrag ist zulässig und unterstützt weitestgehend den Antrag der SPD-Fraktion (DS 00063/2019) - Teilhabe und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen sicherstellen.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Art der Aufgabe: Freiwillige Aufgabe (ergänzend)

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: Nicht erforderlich.

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Zustimmung bezogen auf den Kinder- und Jugendrat der Landeshauptstadt Schwerin.

gez. Andreas Ruhl

Andreas Ruhl